

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Montags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.  
Verlagspreis: Verlagsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsbereich 200 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Text 400 Mark, unter Eingangsfrist 500 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beziehungen der Verwaltung der Staatsfinanzen und des Landesbankwesens, Jahresbericht und Rechnungsabgleich der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 39

Donnerstag, 15. Februar

1923

## England einer Intervention nicht abgeneigt.

Die Eröffnung des englischen Parlaments brachte die große Aussprache über Frankreichs Einfall in das Ruhrgebiet, der man mit Spannung entgegen sah, ohne doch Entscheidendes von ihr zu erwarten. Im Mittelpunkt des Interesses stand naturgemäß die von uns gestern im Auszug veröffentlichte Rede des englischen Ministerpräsidenten, die Ausführungen darüber geben mußte, wie sich England der französischen Aktion gegenüber verhält. Bonar Law gibt sich ganz als uninteressierter Beobachter. Seine Unterhandlungserwartung ist dem Eindruck, als habe sich England bereits vom europäischen Schauplatz abgewandt. Wenn er am Schluss seiner Rede einer unbestimmten Hoffnung auf eine englische Intervention Raum gibt, so spricht daraus noch keineswegs der Wille zur Tat, es hat vielmehr den Anschein, als handle es sich um eine rhetorische Schlusswendung. Man kann nach dieser Rede nur wiederholen: Deutschland steht allein. Das ist eine Tatsache, die man im Interesse des Wiederaufbaues Europas und des Friedens bedauern muß, bleibt aber trotzdem eine harte Tatsache, die mit aller Klarheit in die deutsche Rechnung eingestellt werden muß.

Den ersten Teil der Rede füllte ein Rückblick auf die Londoner und Pariser Konferenzen. Bonar Law sagte: England schlug Frankreich vor, die Frage der Sanierung Deutschlands einem Rat von sechs Personen anzuvertrauen, in dem ein Amerikaner und ein Ruoter ein Stimmen haben sollte. Deutschland sollte ein Rotoratorium von vier Jahren gemindert werden, die Wiedergutmachungssumme sollte auf 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling festgesetzt werden. Für den Fall der Annahme dieses Vorschlages sollten die französischen und italienischen Schulden an England gestrichen werden. Poincaré schlug eine Division des Vorschlages ab, er bestand auf jenen Verpflichtungen, die deutlich über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgingen.

Das sind die Tatsachen, die Bonar Law als kritischer Beobachter feststellt, und wir haben die Pflicht, auch diese Tatsachen in unsere Rechnung einzugehen. Wir hören hier von einem sehr vorichtigen und seine Worte auf die Waagschale legenden Engländer, daß es Poincaré nicht auf Vergeltung, nicht einmal auf Streichung der französischen Schulden ankomme, sondern allein auf die Befreiung des Ruhrgebietes. Bonar Law unterteilt diese Tatsachen im Verlauf seiner Rede und kam schließlich zu folgendem Schluss: „Jetzt wird ein Kampf der Ausdauer zwischen zwei Völkern geführt. . . Die französische Regierung hat sich auf dieses Abenteuer eingelassen, sie ist gezwungen, das bis zu Ende durchzuführen.“

Die Debatte der beiden Häuser des Parlaments ergab zweifellos, daß keine politisch maßgeblichen Kreise Englands die Restauration Frankreichs unterstützen. Andererseits ist es aber klar, daß vorwiegend das Bedauern besteht, Frankreich die Sympathie auszubringen und ihm die Fremdherrschaft zu bewahren, dies besonders deutlich in den Reden der Liberalen beider Häuser. Die Opposition unterscheidet sich von der Regierung wesentlich nur durch das Verlangen einer sofortigen Intervention oder einer Entschädigung des Völkerbundes, wobei man sich geradezu einen starken Druck auf beide Hauptparteien ausüben empfand. Die Regierung machte deutlich, daß augenblicklich für den Völkerbund keine geeignete Stimmung unter den kämpfenden Parteien sei und Frankreich direkt abzeichnen würde. Dagegen steht es jetzt außer Zweifel, daß die englische Regierung jede an sie herantretende Anregung bezüglich einer Intervention sorgfältig behandeln würde.

### Lord Grey verurteilt die Ruhraktion.

London, 14. Februar.

Bei der Aussprache über die Thronrede führte Lord Grey im Oberhaus folgendes aus: Das einzige, was wirklich den Handel Großbritanniens wieder herstellen würde, sei der Wiederaufbau

der Stabilität in der Welt, besonders in Europa. Die Frage der interalliierten Schulden müsse im Zusammenhang mit einer vollständigen Regelung der Reparationsfrage gelöst werden. Die Aktion der französischen Regierung habe es jedoch fast irrelevant gemacht, diese Frage im gegenwärtigen Augenblick zu entwickeln. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Parteien den Kaufmann Vertrag noch unterzeichnen würden. Was die Frage der Ruhrbesetzung anlangt, so werde die Aufrichterhaltung bezüglicher Beziehungen

## Hunger und Wucher.

Die „nationale Einheitsfront“ auf Kosten der — anderen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Wir haben immer darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, Maßnahmen gegen den Hunger zu ergreifen. Nichts ist geschehen. Obwohl es von Tag zu Tag schlimmer wird, werden durchgreifende Maßnahmen nicht getroffen. Man kommt aus dem Stadium der Ermüdungen nicht heraus. Inzwischen verhungern Teile der deutschen Bevölkerung. Das ist keine Übertreibung!

„Nach den Leipziger Neuesten Nachrichten“ hat der Physiologe der Universität Halle, Geh. Rat Emil Abderhalden, dieser Tage einen Vortrag über seine Erfahrungen auf dem Gebiet der Unterernährung eines Teils in Deutschland gehalten. Er erklärte, daß in Deutschland im Laufe dieses Winters viele Tausende von Menschen durch Hunger verhungert seien. Was die Mierostrophie betreffe, so kämen die Flüssigkeitsverluste, vornehmlich die „verschämten Armen“, vielfach viel zu spät, in Lumpen gewickelt, halb erstarren und zu Steinleichen abgemagert. Prof. Abderhalden meint, daß in Deutschland noch viel zu wenig für die hungernden alten Leute getan werde. Am im Auslande auf den wahren Zustand im Deutschen Reich hinzuweisen, wird er in nächster Zeit Vortragsvorträge in Bern, Basel und Zürich halten. Professor Abderhalden, der früher an der Universität Basel wirkte, ist geborener Schweizer.

Die Z. R. R. geben diese Mitteilungen ohne Kommentar wieder. Sie müssen sie als wahr anerkennen. So weit sind wir also gekommen. Der Hungertod geht um in Deutschland. Wie hat man sich nun, als im Vorjahre die Nachrichten aus Rußland über die Hungerkatastrophe kamen. Und jetzt sind hier ähnliche Erscheinungen zu verzeichnen. Viele Tausende sind bereits verhungert. Weitere Massen sind dem Hungertode nahe. Hunderttausende, ja Millionen sind unterernährt. Die Jugend darbt, sie verkrümelt. Die nächste Generation wird kraftlos sein. Natürlich sind es die Besitzlosen, die allein von diesem schrecklichen Elend betroffen werden. Die Besitzenden müssen sich an reicheren Ländern wenden. Der Wucher herrscht in Deutschland. Jetzt ist der Dollar gefallen, sehr erheblich gefallen, doch die Preise steigen. Und wo eine Steigerung nicht möglich ist, werden sie künstlich aufrecht erhalten. So berichten die Z. R. R. von der Berliner Produktionskrise:

„Am Produktionsmarkt konnten sich, bei harter Zurückhaltung des Angebots, die Getreidepreise ungefähr behaupten.“

Von der Leipziger Produktionskrise liegen ähnliche Meldungen vor. Starke Zurückhaltung des Angebots: Das heißt, das Brotgetreide wird jetzt nicht auf den Markt gebracht! Dabei werden für den Zentner Weizen 66 000 Mark und für den Zentner Roggen bis 68 000 Mark an den Produktionsbesitzer bezahlt. Diese Preise sind den heimischen und national gefinanzierten Agrariern zu niedrig. Dafür geben die „zu allen Opfern bereiten Landwirte“ das Getreide nicht ab. Ihre Spekulation ist auf noch höhere Preise gerichtet. Damit erreichen sie, daß jetzt die Preise nicht fallen, und wenn wieder ein neuer Marktsturz erfolgt, streichen sie neue enorme Wuchererwinnne ein. Reine bürgerliche Zeitung wendet sich dagegen. Nicht ein Pastor erhebt dagegen seine Stimme, obwohl in den Kirchen gebetet wird: Unser täglich Brot gib uns heute. . .

zu Frankreich täglich notwendig. Vom Standpunkte nationaler Sicherheit wie auch vom Standpunkte Europas aus gesehen, müsse eine Trennung zwischen der französischen Regierung und England zu einer Katastrophe führen. Das Zusammenwirken zwischen beiden Ländern sei wesentlich, um den Frieden wiederherzustellen. Diese Zusammenarbeit sei augenblicklich nicht vorhanden. Vom wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt aus gesehen, sei Frankreichs Vorgehen im Ruhrgebiet nicht nur unklar, sondern es werde verhängnisvoll sein. Das Ende dieser Aktion sei noch nicht abzusehen. Bisher sei es möglich, durch das von der französischen Regierung angenommene Verfahren, in Deutschland den Wägen zum Fahren hervorzurufen. Aber die deutsche Zahlungsfähigkeit würde sehr vermindert werden. Die Wägel dieser wachsenden Schwierigkeiten sei das Gefühl der Unsicherheit mit Bezug auf die Zukunft.

Das Scheitern des französisch-englischen und des französisch-amerikanischen Garantievertrages sei in Wirklichkeit verantwortlich für einen großen Teil der Unruhe, der Ungeheuer und dessen, was viele Leute als den aggressiven Geist Frankreichs betrachteten. Das Problem der künftigen Sicherheit Frankreichs bleibe noch immer ungelöst. Es werde nicht gelöst werden durch das französische Vorgehen im Ruhrgebiet, das dazu führen dürfte, daß Deutschland und Rußland immer mehr vereinigt würden. Diese beiden Nationen würden, obwohl sie augenblicklich nicht mächtig seien, in Zukunft wieder stark werden. Der Völkerbund sei das einzig mögliche Mittel für eine dauernde Lösung. Er müsse die Frage der Reparationen als eine finanzielle und wirtschaftliche Frage behandeln und auf diese Weise zu Ende bringen, daß Deutschland wieder auf die Beine gestellt werde, um zahlungsfähig zu werden.

Ob diese Aktion Erfolg haben wird, ist sehr fraglich. Die Schuld an der Preissteigerung liegt fast ausschließlich bei den Erzeugern, den Landwirten, die „unangemessene“ Preise für Kartoffeln verlangen. Tatsächlich sind die Zufuhren während des Monats Januar nach Berlin außerordentlich gering gewesen. Während die Bauern sich sonst auf die im Januar übliche Rente beriefen und die Mieten nicht öffnen wollten, um den Frost nicht in die Lagerbestände eindringen zu lassen, entschuldigten sich die Produzenten diesmal mit dem anhaltenden Regenwetter. Es sei ihnen nicht möglich gewesen, mit ihren Geplanken durch das aufgeweichte Erdreich an die Kartoffelmieten heranzukommen, und so wurde die Ware in steigendem Maße zurückgehalten. Nachdem jetzt der Frost eingekehrt hat, ist es überhaupt nicht möglich, Kartoffeln aus der Erde herauszunehmen und zu den Bahnhöfen zu bringen.

Diese Schwierigkeiten lassen sich jedoch überwinden, sobald der Kartoffelhandel auf dem Lande Preise von 4000 bis 4500 Mark anlegt. Die Landwirte haben angekündigt, daß es vorteilhafter ist, bei der vorhandenen Knappheit an Futtermitteln, und besonders an Acker, einen Teil der Kartoffeln für die Viehfütterung zurückzuhalten. Die Landwirte rechnen, daß fünf Zentner Kartoffeln in ihrem Nährwert einem Zentner Ackerfrucht gleichzusetzen sind. Man löst ein Zentner Roggen gegenwärtig 40 000 Mark, und so ist das Ziel der Agrarier und ihrer Anhänger, den Kartoffelpreis auf der Grundlage des Roggenpreises zu erhöhen und, nach dem Verhältnis 5:1, die Kartoffeln auf 8000 Mark in die Höhe zu treiben.

Die bisherigen Kartoffelpreise, welche die Landwirtschaft erhalten hat, werden von Fachleuten als vollkommen ausreichend bezeichnet. Gefordert wird jedoch, daß der Preisermäßigungsminister die Herstellung der Kartoffelflocken verbietet. Zur Herstellung eines Zentners Flocken sind etwa fünf Zentner rohe Kartoffeln nötig, und der Zentner Flocken wird heute schon mit 40 000 Mark bezahlt.

Man sieht also, daß trotz der allgemeinen Not, in der sich das deutsche Volk befindet, und unter der besonders die wertvolle Bevölkerung der Städte leidet, die Agrarier und ihr Anhang nur auf ihren Profit bedacht sind. Sie fordern wohl in ihrer Presse die sogenannte „nationale Einheitsfront“, aber, wie alles bei ihnen, ist dies nur eine leere Phrase, durch die sie sich innerlich nicht gebunden fühlen. Genau wie im Krieg, müssen auch diesmal in dem wirtschaftlichen Kampf gegen die Ruhrbesetzung die Massen alle Lasten auf sich nehmen, während die Herren Landwirte nur an Verdienenden denken. Pflicht der maßgebenden Behörden ist es, hier Verbindungen zu schaffen, die notwendiger sind als der materielle Kampf gegen „Schlammwetter und Laubbäume“.

### Paris und die Parlamentsreden.

Paris, 14. Februar.

Der „Temps“ ist mit der Rede Bonar Law's nicht zufrieden. Die Zeitung sagt, ob ein französischer Premierminister ebenso sprechen würde, wenn England sich in gleicher Lage befände wie Frankreich, und auf eine Erklärung der Bundesräte wartete. Bonar Law habe alle Beweggründe der Franzosen und alle Folgen ihres Unternehmens in höchster Form gemalt und dadurch der „deutschen Propaganda“ die Möglichkeit gegeben, Guno zu ermutigen, Poincaré anzugreifen. Bonar Law habe auch die Londoner Verhandlungen nicht richtig dargestellt. Poincaré habe im Dezember nicht erklärt, daß die Befreiung des Ruhrgebietes die Voraussetzung für jede Verständigung sei. Poincaré habe im Gegenteil wiederholt gesagt, daß die Alliierten die Pfänder ohne jede militärische Befreiung sichern könnten, falls England gemeinsam mit den Alliierten die deutschen Pfänder für die Gewährung eines Zahlungsaufschubes verlangte. Die Prophezeiung Bonar Law's, daß Frankreich kein Geld erhalten würde, auch wenn Deutschland kapituliere, sei überflüssig gewesen. Deutschland werde aus diesen Worten seinen Vorteil zu ziehen wissen. Die „Liberé“ stellt nach der Rede des englischen Premierministers fest, daß Bonar Law die Franzosen nicht verache und Frankreich nicht den englischen Ministern. Das „Journal des Débats“ findet die Rede wenig beschuldigend und fügt, daß Bonar Law die Politik Frankreichs nach den erhaltene Äußerungen einiger Zeitungsblätter beurteilt.

### Ein neuer amerikanischer Protest gegen die Ruhrbesetzung.

Washington, 14. Februar.

Der Republikaner Boyd brachte im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, worin gegen die Befreiung des Ruhrgebietes protestiert und gefordert wird, daß Präsident Harding eine Weltwirtschaftskonferenz einberufe. Ferner heißt es in der Entschließung,